

**ANFRAGE** von Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), Mario Senn (FDP, Adliswil) und Thomas Lamprecht (EDU, Bassersdorf)

Betreffend Laufende Studie zu Bezirksräten

---

Die bestehenden Bezirksstrukturen sowie deren Aufgaben und Kompetenzen im Kanton Zürich waren in der Vergangenheit wiederkehrend Gegenstand politischer Diskussionen. Oftmals wurden diese durch die zuständige Direktion initiiert oder mindestens flankiert.

Die letzten Jahre waren dabei durch eine Behördeninitiative geprägt, welche die Strukturen regional umbauen und gleichzeitig die Kompetenzen der Bezirksräte beschneiden wollte. Nachdem eine breit angelegte Umfrage offenbarte, dass das Vorhaben in den Gemeinden und Bezirken schlecht ankommt, wurde das Vorhaben beendet. Auch im Zusammenhang mit Rekursen zu KESB-Entscheidungen wird aktuell mittels Vorlage versucht, trotz ausgewiesener qualitativ starker Leistungserbringung den Bezirksräten Aufgaben zu entziehen.

Durch das wiederholte Infragestellen der Bezirksstrukturen und von deren Aufgaben besteht der Eindruck, dass die zuständige Direktion mit den föderal ausgestalteten und demokratisch legitimierten Bezirksstrukturen offenbar Mühe bekundet und diese am liebsten reduziert oder ganz aufgelöst hätte. Diesen Eindruck vermittelt die Direktion seit Jahrzehnten und unabhängig von den jeweiligen Direktionsvorstehenden.

In den letzten Wochen startete offenbar bereits eine neue Studienumfrage zur künftigen Ausgestaltung der Bezirksräte. Das Projekt wird vom Zentrum für Demokratie Aarau im Auftrag der Direktion der Justiz und des Innern durchgeführt. Dasselbe Institut hat mit einer vergleichbaren Studie im Kanton Aargau die Grundlage geschaffen, die Kompetenzen und die Bedeutung der Bezirke zu reduzieren und diese faktisch aufzulösen. Aufgrund diverser bezirkskritischer Aussagen von Exponenten des betreffenden Instituts darf an den hehren Absichten der Studie gezweifelt werden.

Im Zuge der Behördeninitiative 376/2021 hat der Regierungsrat ausgesagt, dass er kein Bedürfnis für eine Änderung der Bezirksstrukturen sieht und dass der Regierungsrat grosses Interesse daran hat, dass die Bezirksbehörden ihre Aufgaben auch in Zukunft möglichst gemeindenah und bürgerfreundlich erfüllen können.

In diesem Zusammenhang stellen sich an die Regierung folgende Fragen:

1. Hat der Regierungsrat Kenntnis der Studie und mittels welchem RRB hat er diese beauftragt? Per wann werden die Ergebnisse der Studie intern und öffentlich vorliegen?
2. Mit welchen externen Kosten und mit welchem internen Personalaufwand wird für die Studie gerechnet und in welcher Leistungsgruppe ist die Studie budgetiert?
3. Inwiefern sieht die Regierung diese neue Studie im Einklang zu seiner im Rahmen der Behördeninitiative 376/2021 geäußerten Haltung zu den Bezirksstrukturen?
4. Als wie sinnvoll und förderlich erachtet es der Regierungsrat, dass die Bezirksräte als wichtiger Teil gewachsener föderaler und demokratischer Strukturen pausenlos durch die zuständige kantonale Direktion hinterfragt werden?

Stefan Schmid  
Mario Senn  
Thomas Lamprecht